



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 216 31-32

Fernschreiber 039 890

P/VIII/207 - 7.9.1953

Dunkler 6. September 1953

Die Wahl zum 2. Bundestag hat der SPD nicht die erhoffte Position der stärksten Partei im neuen Bundestag gebracht. Dies ist die wichtigste und bittere Erkenntnis, vor die Führung, Mitglieder und Freunde dieser Partei nach dem 6. September gestellt sind. Daran ändert auch die Tatsache wenig, dass die SPD im Vergleich zu den ersten Bundestagswahlen 1 Million Stimmen gewonnen hat, von denen sicher der grösste Teil auf die insgesamt 3 Millionen Neuwähler seit dem Jahre 1949 entfällt. Interessant ist auch der Vergleich, dass die SPD in dem gespaltenen und nur von 48 Millionen Menschen bewohnten Westdeutschland sogar etwas mehr Stimmen erhalten hat als bei den Märzahlen 1933 in einem Deutschland mit 65 Millionen Einwohnern.

Die SPD ist auch mit der CDU die einzige Partei, die in diesem Wahlkampf Stimmen gewonnen hat. Aber sie hat sich gegenüber der Koalition nicht durchsetzen können, um so weniger, als diese Parteien den gesamten Regierungsapparat mit allen seinen materiellen Hilfsquellen rücksichtslos und ohne jede politische Fairness unter Benutzung von gefälschten Dokumenten und anderen Mitteln der politischen Ehrabschneidung eingesetzt haben.

Erfolgreichste Partei ist die CDU, die ihre und ihrer Freunde Propaganda - neben der Hilfestellung durch den Regierungsapparat - mit den Millionen der grossen Unternehmer finanziert hat. Ihre Koalitionsparteien, die Freien Demokraten und die Deutsche Partei, sind über das bisherige Mass hinaus zu bedeutungslosen Satelliten der CDU geworden. Sie werden in diesem Bundestag eine Statistenrolle spielen und zu Objekten der CDU-Politik werden.

Genau genommen ist das Ergebnis der Wahl aber nicht einmal so sehr ein Erfolg der CDU als Partei, als vielmehr das Ergebnis eines Personenkultes, den eine an Goebbels geschulte Propaganda der Regierungsparteien mit Adenauer getrieben hat. Dieser Kult ist mit Methoden geführt worden, mit denen man den Ruhm von Diktatoren zu verkünden pflegt. Vier Ursachen sind für den Erfolg dieser Propaganda in erster Linie massgebend gewesen:

1. Dass Adenauer der erste Chef einer deutschen Regierung wurde, die mit voller materieller Unterstützung der USA (Währungsreform, Marshallplan usw.) das Chaos in Deutschland ablösen konnte und dass er fast zwangsläufig der Nutznießer aus der internationalen Konstellation des kalten Krieges und seinen wirtschaftlichen Begleiterscheinungen wurde, dass er aber die Aufbauleistung des ganzen deutschen Volkes für sich und seine Regierung reklamierte.

2. Dass das autoritätsbefahrene Denken breitester Schichten des deutschen Volkes in ihm offenbar eine neue Verkörperung des Obrigkeitsstaates sieht und begrüsst.

3. Dass das Gefühl einer angeblichen Geborgenheit im Schutze einer Weltmacht eine verführerische Anziehungskraft auf Millionen ausübte, die sich der sehr viel schwächeren Partner in den beiden Weltkriegen erinnerten.

4. Dass der nackte individuelle Egoismus weite Kreise in Westdeutschland die vordringliche Notwendigkeit von entschlossenen friedlichen Massnahmen, zu einer Wiedervereinigung mit den 18 Millionen jenseits des Eisernen Vorhanges zu kommen, sträflich vernachlässigte. Unzählige haben mit ihrer Stimmabgabe die Wiederbewaffnung der Wiedervereinigung verzögert.

Diese Erkenntnisse sind so bitter wie die Folgen, die sich aus ihnen für die deutsche Entwicklung ergeben werden. Die CDU hat mit verschwindenden Ausnahmen alles das bei sich

aufgenommen, was im Vorstadium der nationalsozialistischen Machtergreifung mit dem Begriff der Harzburger Front umrissen wurde und was dem heute entspricht. Die traditionellen Brutstätten des deutschen Rechtsradikalismus, wie Schleswig-Holstein und Niedersachsen, entschieden sich diesmal ganz vorwiegend für die CDU. Naumann konnte nicht in Discholz kandidieren, dafür fand sein Anhang den Weg zur stärksten Regierungspartei.

Die schon in der Vergangenheit erwiesene Neigung der bisherigen Regierungsparteien, insbesondere des Kanzlers, die demokratischen Grundsätze der jungen Republik je nach Bedarf zu umgehen oder ihnen einfach zuwiderzuhandeln, wird im 2. deutschen Bundestag ins Ungemessene wachsen, vor allem weil die Regierungsparteien zusammen mit dem BHE und dem Zentrum über eine Zweidrittelmehrheit mit verfassungsändernder Befugnis verfügen würden.

Im Laufe der letzten fünfzig Jahre stand immer am Ende einer Herrschaftsperiode von Rechtsparteien, die stärker waren als die SPD, eine Katastrophe. Um der Zukunft des deutschen Volkes willen darf der jetzt durch die Machtübernahme der CDU eingeleitete Abschnitt nicht in gleichen Elend enden wie es 1918 und 1945 über uns hereinbrach. Noch niemals zuvor war die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie als der Wächterin der Demokratie in Deutschland so lebenswichtig wie in den kommenden Monaten und Jahren.

+ + +